

MCC-Pressemitteilung

Die Klimawende braucht Rückendeckung von den Zentralbanken

Eine MCC-geführte, prominent veröffentlichte Modellstudie leuchtet aus, wie man beim Abschied von Kohle, Öl und Gas Inflationsrisiken und Finanzmarkt-Turbulenzen verhindert.

27.10.2021 Berlin. So dringlich der Kampf gegen die Erderhitzung ist, er muss mit Blick auf die Finanzmärkte sorgfältig gemanagt werden. Denn wenn dort auf fossilen Energieträgern basierende Vermögenswerte allzu plötzlich an Wert verlieren, dann kann das bei unkontrolliertem Verlauf Banken in Schieflage bringen und zu Kreditklemme und wirtschaftlichen Krisen führen. Welche Schlüsselrolle vor diesem Hintergrund den Zentralbanken zukommt, wird jetzt so umfassend wie noch nie in einer neuen Studie ausgeleuchtet. Sie wurde erstellt unter Federführung des Berliner Klimaforschungsinstituts MCC (Mercator Research Institute on Global Commons and Climate Change) und in der renommierten Fachzeitschrift *Journal of Environmental Economics and Management* veröffentlicht.

„In den Zentralbanken schaut man in jüngster Zeit sehr aufmerksam auf die makroökonomischen und finanziellen Aspekte von Klimapolitik“, sagt [Francesca Diluiso](#), Wissenschaftlerin in der MCC-Arbeitsgruppe Wirtschaftswachstum und menschliche Entwicklung und Leitautorin des Papiers. „Man will gegen mögliche Kettenreaktionen gewappnet sein – nicht zuletzt angesichts der Weltfinanzkrise 2008, in der abrupte Wertverluste bei Immobilien in den USA die Realwirtschaft rund um den Globus ins Trudeln brachten. Mit Blick auf den jetzt anstehenden Übergang von einem fossilen in ein fossilfreies Zeitalter liefern wir jetzt die erste umfassende, theoretisch und methodisch fundierte Analyse der Handlungsoptionen von Zentralbanken.“

Das Forschungsteam hat ein spezielles neukeynesianisches Modell konstruiert – ein gängiges Werkzeug, um ökonomische Ereignisse und unterschiedliche makroökonomische Anpassungsmaßnahmen der Politik zu analysieren. Das Modell bildet Energiesektoren und Klimapolitik besonders akkurat ab und berechnet drei Szenarien für die Euro-Zone 2020 bis 2030: (1) ein stetig steigender CO₂-Preis, der die kumulierten Emissionen in diesem Zeitraum wie im EU Green Deal vorgesehen um 24 Prozent senkt („geordneter Übergang“), (2) nach drei Jahre Nichtstun eine plötzliche, nicht angekündigte Aufholjagd mit ebenfalls 24 Prozent weniger Ausstoß („ungeordneter Übergang“) und (3) ein Stimmungsumschwung an den Finanzmärkten mit abruptem Wertverlust fossiler Vermögenswerte um 6,5 Prozent („finanzieller Schock“).

Im Ergebnis wird deutlich, dass sich ein geordneter Übergang gut mit konventioneller Geldpolitik bewältigen lässt: Trotz des Preisanstiegs bei Energie schmälern die Kosten der Transformation die Wirtschaftsleistung im Jahr 2030 nur um 0,8 Prozent, wobei die Vorteile einer abgemilderten Erderwärmung noch nicht gegengerechnet sind. Ein ungeordneter Übergang führt zwar nur geringfügig höheren Kosten, aber zu beträchtlichen Ausschlägen bei der Inflation. Der Studie zufolge ist es für die

MCC gemeinsam gegründet von:

Europäische Zentralbank von Vorteil, dass sie ausschließlich auf das Ziel der Preisstabilität verpflichtet ist und auf veränderte Inflationsraten stark reagiert.

Die Modellanalyse zeigt ferner: Die Zentralbanken können auch einen eventuellen durch Klimapolitik ausgelösten finanziellen Schock auffangen helfen, also eine Verkaufswelle von fossilen Vermögenswerten mit entsprechendem Wertverlust. Dabei helfen zwei Notfall-Instrumente, die erst neuerdings als Antwort auf die Weltfinanzkrise eingeführt wurden: großangelegte Wertpapierkäufe durch die Zentralbank („quantitative Lockerung“) und strengere Bilanzregeln zum Beeinflussen von Wertpapierkäufen der Banken („Eigenkapital-Anforderungen“). Das Autorenteam macht deutlich, dass man diese Instrumente im Prinzip noch stärker auf Klimaschutz ausrichten und CO₂-arme Vermögenswerte begünstigen könnte (etwa durch „grüne quantitative Lockerung“); allerdings könne das an anderer Stelle ökonomische Nachteile bringen.

„Insgesamt zeigen wir, dass die Zentralbanken wesentlich zu einem reibungsarmen Übergang in Richtung Klimaneutralität beitragen können“, unterstreicht [Matthias Kalkuhl](#), Arbeitsgruppenleiter am MCC und Co-Autor. „Und das ist im Rahmen ihrer bestehenden Mandate möglich – also innerhalb ihres Zuständigkeitsbereichs. Dies setzt jedoch eine wirksame und glaubwürdige Klimapolitik voraus, etwa durch stetig steigende CO₂-Preise. Die Zentralbanken können nicht für fehlende oder unzureichende klimapolitische Instrumente der Regierungen einspringen.“

Über das MCC

Das MCC erforscht nachhaltiges Wirtschaften sowie die Nutzung von Gemeinschaftsgütern wie globalen Umweltsystemen und sozialen Infrastrukturen vor dem Hintergrund des Klimawandels. Unsere sieben Arbeitsgruppen forschen zu den Themen Wirtschaftswachstum und -entwicklung, Ressourcen und Internationaler Handel, Städte und Infrastrukturen, Governance sowie wissenschaftliche Politikberatung. Das MCC ist eine gemeinsame Gründung der Stiftung Mercator und des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung (PIK).

Quellenhinweis zur zitierten Studie:

Diluiso, F., Annicchiarico, B., Kalkuhl, M., Minx, J., 2021, Climate Actions and Macro-Financial Stability: The Role of Central Banks, *Journal of Environmental Economics and Management*

<https://authors.elsevier.com/c/1d~CGLdSU-Hjg>

Pressekontakt:

Ulrich von Lampe

Leiter Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Mercator Research Institute on Global Commons and Climate Change (MCC)

Telefon: +49 (0) 30 338 5537 201

Mobil: +49 (0) 171 1964 449

Email: lampe@mcc-berlin.net

https://twitter.com/MCC_Berlin

www.mcc-berlin.net

MCC gemeinsam gegründet von: